Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Bruchsaler Post. 1950-1953
1951

86 (14.4.1951)

Visual Library

BRUCHSALER POST

SÜDD. HEIMATZEITUNG FÜR KRAICHGAU UND BRUHRAIN

Nummer 86 | Samstag, den 14. April 1951 | Jahrgang 3

Baldige Unterzeichnung des Schumanplans fraglich

Benelux-Staaten machen Schwierigkeiten — Fortgesetzter Meinungsaustausch Adenauer-Schuman

Paris (UP). Die Außenminister der sechs Schumanplan-Staaten haben sich am Freitag nicht über die Besetzung der Hohen Behörde der Stahl- und Kohleunion einigen können. Maßgebliche deutsche Delegationsmitglieder halten eine baldige Unterzeichnung des Montanpaktes für sehr fraglich.

„Die Verhandlungen sind schwieriger, als vor acht Tagen angenommen wurde", charakterisierte ein offizieller deutscher Sprecher die überraschend aufgetretenen Schwierigkeiten und die erste leichte Verhandlungskrise bei den Beratungen der Außenminister. Das französische Außenministerium rechnet nach Äußerungen amtlicher Kreise jedoch noch immer mit einem Abschluß der Beratungen Anfang nächster Woche. In der deutschen Delegation wird allerdings erwogen, ob der Bundeskanzler nicht am Dienstag wieder nach Bonn zurückkehren und erst zur endgültigen Unterzeichnung noch einmal nach Paris kommen sollte.

Die ersten Meinungsverschiedenheiten traten bei der Beratung der Zahl der Mitglieder der Hohen Behörde und des Ministerrats der Schumanplan-Organisation auf, als die Benelux-Länder einen Vorstoß gegen einen französischen Vorschlag unternahmen, der die Wahl von vier Persönlichkeiten auf übernationaler Basis vorsah, die sich noch einen fünften Vertreter als Präsidenten hinzuwählen sollten. Deutschland hat, wie verlautet, diesem französischen Plan zugestimmt, während die Benelux-Länder für jedes Land ein Mitglied der Hohen Behörde fordern.

Der gleiche Wunsch nach Parität der Beneluxländer wurde auch bei den Verhandlungen über einen weiteren französischen Vorschlag laut, den Ministerrat mit je zwei Deutschen und Franzosen und je einem Vertreter der anderen vier Staaten — Italien, Belgien, Luxemburg und Holland — zu besetzen. Auch hier wünschen die Beneluxländer gleiche Behandlung. Deutschland und Frankreich stehen, wie es heißt, auf dem Standpunkt, den größeren Ländern müsse auch ein stärkeres Gewicht eingeräumt werden. Hinsichtlich der Besetzung der Hohen Behörde wird in deutsch-französischen Kreisen stark gegen eine nationale Repräsentation argumentiert.

Die Außenminister beschlossen am Freitag, ein Arbeitskomitee aus den Ministern und den Leitern der sechs Schumanplan-Delegationen zu bilden, das künftig die Beratungen fortführen soll. Die Konferenz setzt ihre Arbeiten am Samstag vormittag fort.

Vor Beginn der Beratungen am Freitag führten der Bundeskanzler und Frankreichs Außenminister Schuman ihr drittes Gespräch innerhalb von drei Tagen und behandelten erneut die Saarfrage, die von der Konferenz als eine rein deutsch-französische Angelegenheit betrachtet wird und daher auch nicht in der Vollversammlung erörtert werden dürfte. Am Nachmittag verließ Dr. Adenauer für einige Zeit die Außenministerkonferenz, um dem Präsidenten der Kammer, Edouard Herriot, einen Besuch abzustatten. Am Abend traf der Kanzler mit dem früheren französischen Ministerpräsidenten und Führer der MRP, George Bidault, zusammen.

„Ich bin davon überzeugt, daß der Bundestag den Schumanplan ratifizieren wird. Sonst wäre ich nicht hierher gekommen", sagte Bundeskanzler Dr. Adenauer vor dem Club der Auslandspresse, der ihn zum Lunch eingeladen hatte. Der Schumanplan sei ein erster Schritt zum europäischen Zusammenschluß. Zwei Weltkriege hätten das deutsche Volk tief gezeichnet. Durch die beiden Kriege sei die staatliche Autorität zerstört worden. Die Mehrheit des deutschen Volkes sei nicht nazistisch gewesen. Die Entwicklung habe es dahin gebracht, den Staat als seinen schlimmsten Feind anzusehen. Von dem, was heute vom Staat oder der alliierten Hohen Kommission komme, wolle das deutsche Volk kaum etwas wissen. Er sei aber überzeugt davon, daß das deutsche Volk bereitwillig seinen Platz in der gemeinsamen Verteidigung einnehmen werde, wenn es einsehe, welch schwere Gefahr von Osten drohe. Auf die Frage, ob das deutsche Volk willens sei, die Einheit Deutschlands mit der Neutralisation zu bezahlen, sagte der Kanzler, Deutschland gehöre zum Westen und wolle vom Westen nicht getrennt werden.

Koalition nicht „strapazieren"

Drohungen der Deutschen Partei — Unterbringungsprogramm für Vertriebene

Bonn (UP). Zu dem Zusammengehen CDU/CSU mit der sozialdemokratischen Opposition in der Frage des Mitbestimmungsrechtes erklärte der Vorsitzende der Deutschen Partei, Dr. Hans Mühlenfeld, die CDU solle nicht glauben, die Koalition auch weiterhin mit solchen Methoden strapazieren zu können.

Die CDU/CSU könne nicht auf Grund eines Führungsanspruchs, den sie als stärkste Partei erhebe, Sozialpolitik mit der Linken, Wirtschaftspolitik aber mit der Rechten des Parlaments durchführen. Die DP wolle nach der Rückkehr des Bundeskanzlers aus Paris Schritte unternehmen, um zu klären, ob eine weitere Zusammenarbeit der Regierungskoalition möglich ist.

Den Bau von 75 000 Wohnungen im Rahmen eines „Blitzprogrammes" kündigte Bundesflüchtlingsminister Hans Lukaschek auf einer Pressekonferenz an. Dieses Programm, dessen Finanzierung etwa eine Milliarde DM erfordert, soll vor allen Dingen die Durchführung der vorgesehenen Flüchtlingsumsiedlung erleichtern.

Zusammen mit dem Leiter der ECA-Studiengruppe für Flüchtlingsfragen, Christian Sonne, erläuterte der Bundesminister einen von amerikanischen und deutschen Sachverständigen verfaßten Bericht über die Möglichkeiten der Eingliederung von Vertriebenen in die westdeutsche Wirtschaft, deren Kosten innerhalb eines Sechsjahresprogramms auf insgesamt 12,5 Milliarden DM veranschlagt werden. Nach den in diesem Bericht skizzierten Vorschlägen sollen innerhalb der nächsten sechs Jahre 1,2 Millionen Wohnungen für Vertriebene gebaut werden, 700 000 Flüchtlinge aus den überbelegten Ländern der Bundesrepublik in die weniger belasteten umgesiedelt und 600 000 neue Arbeitsplätze für Vertriebene geschaffen werden.

Illegaler Handel

Der illegale Interzonenhandel beträgt nach Schätzungen etwa das Vierfache des legalen Handels mit der Ostzone, erklärte der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner (SPD), auf einer Pressekonferenz in Bonn. Dieser Schleichhandel müsse mit allen Mitteln bekämpft und gestoppt werden. Die an sich schon schwierige Frage werde durch die Tatsache noch komplizierter, daß auch ausländische Firmen sich an illegalen Lieferungen beteiligen, ja sogar Besatzungsangehörige in dieser Richtung „sehr aktiv" seien. Wehner sagte, er könne ein ganzes Buch mit Listen über westdeutsche Firmen zusammenstellen, die illegalen Handel mit der Ostzone betreiben. Solche Firmen sollten nicht mehr zu legalem Handel zugelassen werden, um dadurch einen gewissen Druck auszuüben.

In einem in diesem Zusammenhang veröffentlichten Memorandum über die Probleme des Interzonenhandels äußert die SPD Bedenken gegen die bisherige Abwicklung des Handels mit der Ostzone durch die Bundesregierung, der es nicht gelungen sei, den Handel zu einem „wichtigen Beitrag im Kampf um die Einheit Deutschlands in Freiheit" zu machen. Die SPD weist darauf hin, daß die Sowjets vor allen Dingen ihren Bedarf an Stahl, Maschinen und Lastkraftwagen und anderen für die Rüstung wichtigen Waren im illegalen Verkehr zu decken versuchen, weil ihnen diese Waren im legalen Handel nicht mehr in dem geforderten Umfang zugestanden werden könnten.

Das Bundeskabinett billigte einen Gesetzentwurf über den bereits unterzeichneten Handelsvertrag mit Chile, der die zollfreie Einfuhr von Chile-Salpeter vorsieht. Ferner genehmigten die Minister ein neues „Überleitungsgesetz", wonach die bisherige Verteilung der Kriegsfolgelasten zwischen Bund und Ländern beibehalten wird. Das Kabinett beschloß endlich Zolländerungen für Gewebe, Garne, Felle, Häute und für gewisse Produkte der Glasindustrie noch vor der endgültigen Regelung durch ein umfassendes Zolltarifgesetz.

MacArthur wird Fabrikdirektor

Tokio plant Abschiedsdemonstration — Washington verlangt Korea-Hilfe

Washington (UP). General MacArthur wird das Amt eines Direktors der „Remington Rand Corporation" übernehmen. Unter den Zehntausenden von Telegrammen, die bei ihm einliefen, befanden sich zahlreiche Angebote namhafter Industriekonzerne, die ihn um Übernahme bedeutender Posten baten.

MacArthur wird am Montag in einem Flugzeug nach den USA zurückkehren. Die Japaner wollen für den scheidenden Oberbefehlshaber eine gigantische Abschiedsdemonstration veranstalten. Entlang der Straße, die von seiner Wohnung bis zu dem 13 km entfernten Flugplatz führt, werden riesige Menschenmassen aufmarschieren, um dem General ihre Sympathie zu bekunden.

Der General teilte der Stadtverwaltung von San Franzisko mit, daß er am Montag dort eintreffen werde. Gleichzeitig erklärte er sich mit dem Ersuchen der Stadtväter einverstanden, die Gelegenheit seiner Heimkehr feierlich zu begehen. Die Polizei trifft bereits Vorkehrungsmaßnahmen, um die Bevölkerung bei dem größten „Heimkehrerempfang eines Kriegshelden in der Geschichte der Stadt" in Zaum zu halten.

Der Militärausschuß des amerikanischen Senats beschloß, General MacArthur zur Berichterstattung über die Lage im Fernen Osten einzuladen.

Die „New Times" schlägt in einem Artikel vor, die Posten des militärischen Oberbefehlshabers im Fernen Osten und des Leiters der Militärregierung in Japan zu trennen, um einen zivilen Hochkommissar für Japan zu ernennen.

Wird China ablehnen?

Viele Diplomaten und hohe Militärs in Washington sind der Ansicht, daß das kommunistische China Präsident Trumans Friedensangebot ablehnen und in Korea eine große Gegenoffensive mit Unterstützung der von der Sowjetunion zur Verfügung gestellten Luftstreitkräfte beginnen wird. Die militärischen Kreise geben zu, daß eine große Landoffensive der Kommunisten eine ernste Bedrohung für die UN-Streitkräfte darstellen würde. In diesem Zusammenhang wird betont, daß MacArthur die Erlaubnis hatte, mandschurische Luftstützpunkte zu bombardieren, falls von dort aus Luftangriffe gegen die Truppen der UN stattfinden sollten. Da diese Erlaubnis nicht widerrufen wurde, dürfte auch der Nachfolger MacArthurs im gegebenen Fall von ihr Gebrauch machen.

Um einer neuen kommunistischen Offensive begegnen zu können, haben die USA die anderen Mitgliedstaaten der UN aufgefordert, Truppen an die Front in Korea zu entsenden. Auch die dreizehn Staaten, deren Truppen bereits in Korea stehen, wurden ersucht, diese zu verstärken.

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang ein Artikel der Londoner „Daily Mail", in dem es u. a. heißt: „Die vordringliche und lebenswichtige Forderung besteht nun darin, alles zu tun, um die Differenzen zu bereinigen und Großbritannien und die USA einander näher zu bringen. Heute gibt es einen neuen Oberkommandierenden in Korea und einen neuen Außenminister in London. Jetzt sollten Verhandlungen auf höchster Ebene aufgenommen werden. Außenminister Morrison sollte so schnell wie möglich nach Washington fliegen."

Korea-Offensive festgefahren

Sowjetjäger sind „ausgezeichnet" — Zwei Superfestungen abgeschossen

Tokio (UP). Die Offensive der UN am Mittelabschnitt der Koreafront hat sich festgefahren, da die Chinesen Verstärkungen in den Kampf geworfen haben und die UN-Truppen mit allen Mitteln aufzuhalten suchen.

Erbitterte Kämpfe entwickelten sich vor allem auf den Höhenzügen zu beiden Seiten der Straße von Seoul nach Kumhwa, dem wichtigsten Versorgungszentrum der Kommunisten am Mittelabschnitt. Fünfzehn Kilometer weiter westlich räumten die Kommunisten jedoch die Stadt Yonchon, ohne einen Schuß abzugeben.

Nach Aufklärungsberichten haben zwei neue Armeegruppen der Chinesen mit zusammen 160 000 bis 180 000 Mann südlich Pyongyang Stellung bezogen. Auch die Kampfmoral der Chinesen scheint besser geworden zu sein, da in den letzten Tagen weit weniger Gefangene eingebracht wurden, als jemals seit Beginn der Offensive im Januar.

Der Chef der amerikanischen Luftstreitkräfte im Fernen Osten, Generalleutnant Stratemeyer, sagte in einer Pressekonferenz, die Düsenjäger vom sowjetischen Typ Mig-15 seien ausgezeichnete Konstruktionen. Den amerikanischen Jägern sei es bisher nur durch ihre größere fliegerische Erfahrung gelungen, in den Luftkämpfen die Oberhand zu behalten.

Zwei amerikanische Bombenflugzeuge vom Typ B-29 wurden von kommunistischen Düsenjägern abgeschossen.

Europäische Aufgabe

Von Eduard Funk

Wenn man die Nöte dieser Zeit nicht nur politisch betrachtet, drängt sich einem unwillkürlich der Gedanke auf, daß die furchtbaren Jahre der jüngsten Vergangenheit auch ihre positive Seite für die Zukunft haben: sie zwingen nämlich die Völker Europas zu der Erkenntnis, daß sowohl die Ausweitung der wirtschaftlichen Bedürfnisse wie die Entwicklung der Technik — nicht zuletzt die des atomischen und bakteriologischen Vernichtungskrieges — die alten Begriffe nationalstaatlicher Souveränität und wirtschaftspolitischer Autarkie endgültig beiseite geschoben haben. Auch wenn es noch geraume Zeit dauern mag, bis manche der heute führenden Staatsmänner — ob sie wollen oder nicht! — sich zu den einzig möglichen politischen Konsequenzen durchringen, so bleibt ihnen doch nichts anderes übrig, als schon jetzt durch gegenseitige Unterstützung eine Verringerung wenigstens ihrer materiellen Schwierigkeiten zu versuchen. Es wird dabei von niemand übergebührliche Selbstlosigkeit erwartet; auch nicht von den Amerikanern, denn der Marshallplan geht doch in seinen Motiven nicht zuletzt auf die Erkenntnis zurück, daß die USA für ihre überschüssigen Produkte Abnehmer brauchen.

Aber immerhin: es zeigten sich in den letzten Monaten in Westeuropa Entwicklungen, die gewisse positive Perspektiven der Zukunft eröffnen, nachdem alle früheren Versuche einer konstruktiven Zusammenarbeit in den Anfangsstadien steckengeblieben waren. Das Experiment einer französisch-italienischen Zollunion, das 1948 mit so großem Propagandaaufwand gestartet wurde, scheiterte an der Opposition der Pariser Hochfinanz, die zu keinerlei Konzessionen bereit war. Ähnlich verlief das Schicksal der Benelux, also des handels- und zollpolitischen Zusammenschlusses der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs, der zwar auf dem Papier vollzogen, aber in der Praxis nur zum Teil verwirklicht wurde. Und die einst vielgepriesene Fritalux, welche die Benelux mit einer französisch-italienischen Zollunion verknüpfen sollte, erwies sich sehr rasch als ein irrealer Traum von Idealisten. Lediglich der Zollkonferenz von Torquay gelang es, wenigstens gewisse Erleichterungen des zwischenstaatlichen Handels durchzusetzen. Und jetzt wird in Paris nach langen Kämpfen durch die Schaffung einer westeuropäischen Montanunion der Grundstein einer wirklich erfolgversprechenden Konstruktion gelegt.

Das Programm des westeuropäischen Aufbaus bedingt vor allem einen endgültigen Verzicht auf die Traditionen der vergangenen Jahrhunderte, in denen man nur in engen Räumen zu denken vermochte. In der möglichst hohen Umzäunung ihres eigenen Herrschaftsgebietes erblickten die meisten Staaten die beste Manifestierung ihrer Souveränität. Man braucht nur daran zu erinnern, daß vor noch nicht langer Zeit allein Deutschland in Hunderte souveräner Zollgebiete zersplittert war, um sich darüber klar zu werden, welche Revolutionen vonnöten waren, um einem neuen Denken Bahn zu brechen. Es ist jedenfalls kein Zufall, daß die Idee, durch Niederreißung der Zollschranken zu einem wirtschaftlichen Aufschwung der Gesamtheit zu gelangen, gerade in Deutschland geboren wurde, wo insbesondere der Schwabe Friedrich List der neuen Ära die Tore aufstieß.

Der erste Versuch eines handelspolitischen Zusammenschlusses Europas ist allerdings durch Napoleon unternommen worden, jedoch nicht mit dem Ziele, dem Wohl der ihm hörigen Staaten zu dienen, sondern er war eine ausgesprochene Kampfmaßnahme gegen England. Da Napoleon nicht in der Lage war, diesen gefährlichen Gegner militärisch niederzuwerfen, wollte er ihn wirtschaftlich erdrosseln, indem er allen Kontinentalstaaten jeglichen Handel mit den britischen Inseln verbot. Die sogenannte Kontinentalsperre erwies sich jedoch als ein Fehlschlag, weil England die Meere beherrschte. Mangels jeden konstruktiven Gedankens konnte sich auch aus dem napoleonischen Experiment kein einheitlicher europäischer Wirtschaftsraum entwickeln; er zerfiel vielmehr rasch wieder in seine Bestandteile.

Dennoch keimte innerhalb des Deutschen Bundes der Gedanke wirtschaftlicher Unionen. Der Aktivität Lists und seiner Anhänger ist es zu danken, daß wenigstens an den Grenzen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

kleinerer Territorien die Zollschranken verringert oder beseitigt würden. Da und dort entstanden später Zollvereine, die schließlich 1834 in den großen Deutschen Zollverein einmündeten. Mehrfache Versuche, auch Österreich einzubeziehen, scheiterten. Man kam nicht über zweiseitige Handels- und Zollverträge hinaus. Der letzte Anlauf zu einer deutsch-österreichischen Zollunion, die von beiden Partnern dringend gewünscht wurde, erlag 1931 dem Veto Frankreichs.

Der Deutsche Zollverein bestand formell bis zum Zusammenbruch des Kaiserreiches. Er wurde aufgelöst durch das Ausscheiden Luxemburgs, das nach dem ersten Weltkrieg zunächst Anschluß an Frankreich suchte und sich, dort abgewiesen, schließlich an Belgien wandte, mit dem eine Zollunion zustande kam. Diese fand vor drei Jahren eine Erweiterung durch die Einbeziehung Hollands zur sogenannten Benelux-Gruppe, die bei Berücksichtigung der kolonialen Reichtümer dieser Länder ohne Zweifel eine der stärksten Wirtschaftsunionen sein könnte, sich aber trotzdem in bürokratischem Formalismus verstrickte und heute an erheblichen inneren Schwierigkeiten krankt, weil sich ihr zwischenstaatlicher Handel immer noch nicht aus den früheren Beschränkungen befreien konnte und außerdem Währungsdiskrepanzen vorhanden sind.

Weitere Vorläufer wirtschaftlicher Zusammenschlüsse waren die Münzverträge, die eine Art Währungsstabilisierung bezweckten. Die bedeutendste Rolle unter ihnen spielte der Lateinische Münzvertrag von 1865, an dem Frankreich, Italien, Belgien, die Schweiz und Griechenland beteiligt waren, während Spanien, Rumänien, Serbien und Bulgarien durch einen Anschluß an das französische Münzsystem mit ihm in Verbindung standen. Eine Parallele war der 1872 abgeschlossene Skandinavische Münzvertrag.

Ein Gegenstück zu der oben erwähnten Benelux bildet in gewissem Sinne der auf diesem Skandinavischen Münzvertrag fußende Versuch, Norwegen, Schweden und Dänemark zu einer wirtschafts- und handelspolitischen Einheit zusammenzufassen. Die Idee einer offiziellen Nordischen Union befand sich bereits auf dem besten Wege, als die Gründung des Atlantikpaktes plötzlich wieder die Interessen dieser drei Staaten schied. Indes Norwegen und Dänemark sich den Westmächten anschlossen, zog sich Schweden in seine alte Neutralität zurück, zu der es seine Nachbarn vergeblich zu überreden versucht hatte. Neuerdings machen sich aber in Skandinavien doch wieder Bestrebungen bemerkbar, die dort anknüpfen wollen, wo die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Stockholm, Oslo und Kopenhagen steckengeblieben waren.

Alle diese positiven Tendenzen, die im Verlauf dieser Betrachtung geschildert wurden, sind erfreuliche Zeichen für die sich Bahn brechende Vernunft. Allmählich fügt sich doch Glied um Glied zu der Kette, die irgendwann einmal geschlossen werden muß. Je eher dies geschieht, um so besser. Dem Plan einer gesamteuropäischen Wirtschaftsunion stehen zwar noch viele Bedenken entgegen und die zu lösenden Probleme sind gewaltig. Aber trotzdem muß sie das Ziel jeder konstruktiven Politik sein. Wenn sich nämlich Europa diesem dringenden Gebot der Zeit verschließt, dann ist sein Untergang besiegelt.

Die neue saarländische Regierung

CVP besetzt fünf Ministerien — Sozialdemokraten in Opposition

Saarbrücken (UP). Das neue saarländische Kabinett hat folgende Zusammensetzung: Das Ministerpräsidium und das Ministerium für Arbeit, Wohlfahrt und Wiederaufbau übernimmt der bisherige Ministerpräsident Johannes Hoffmann, das Justiz- und Kultministerium der Sprecher der Landtagsfraktion der Christlichen Volkspartei Erwin Müller, das Innenministerium Dr. Edgar Hector, das Finanzministerium Dr. Friedrich Reuter, das Ministerium für Wirtschaft und und Verkehr Rechtsanwalt Franz Ruland.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Karl Etienne, erklärte, daß er und seine Parteifreunde diese Kabinettsliste ablehnen. In einem Artikel in der sozialdemokratischen „Volksstimme" schreibt er: „Wenn die Christliche Volkspartei nun die Regierung allein bildet, so ist dieses ihr gutes Recht, weil sie nach den Wahlen des Jahres 1947 noch die Mehrheit hat, was sich bei Neuwahlen nicht mehr bestätigen dürfte. So besteht auch zu Recht die Feststellung, daß Landtag und Regierung nicht mehr dem Volkswillen entsprechen. Daraus ergibt sich die Forderung, daß Neuwahlen ausgeschrieben werden müssen".

Gegenüber einem Vertreter der United Press erklärte Etienne, das Saarland werde nicht verfassungsmäßig regiert. Seine Verwaltung stecke noch in „demokratischen Kinderschuhen". Das Land habe weder einen Verfassungsgerichtshof noch ein Verwaltungsgericht. Etienne sprach weiter von einer Überwachung der Telefongespräche im Saarland und sagte, er und seine Parteifreunde vermieden es, sich telefonisch zu politischen Fragen zu äußern. Etienne wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der neue Innenminister Dr. Edgar Hector französischer Staatsbürger ist, was nicht gerade einen guten Eindruck mache.

Flucht und Entführungen

VVN soll Westdeutschlands SED Truppe werden

Berlin (UP). Der Geschäftsführer des Ostberliner LDP-Organs „Berliner Montag" und stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbandes Berlin-Mitte der LDP, Fritz Düring, hat sich nach Westberlin abgesetzt. Politische Meinungsverschiedenheiten mit dem Landesvorstand der LDP sollen Düring zu diesem Schritt veranlaßt haben.

Der Kutscher eines mit zwei Pferden bespannten Fuhrwerks wurde in Spandau innerhalb des britischen Sektors von Volkspolizisten entführt. Seinem Begleiter gelang es, zu entkommen. Außerdem soll die Volkspolizei einen Landwirt aus Großglienicke (Ostzone) aus einer im britischen Sektor gelegenen Wohnung entführt haben.

Die VVN in der Sowjetzone hat jetzt innerhalb ihres Zentralvorstandes eine besondere „Westabteilung" geschaffen, deren Aufgabe ist, die VVN in der Bundesrepublik zu einer „aktiven Widerstandsbewegung" gegen die Bundesregierung umzuorganisieren. Der Chefredakteur der in Frankfurt-Main erscheinenden Zeitung der westdeutschen VVN „Die Tat", Fritz Holstein, soll — wie das Informationsbüro West meldet — als verantwortlicher westdeutscher Vertrauensmann der „Westabteilung" der VVN fungieren.

„Beutegut" aus deutschen Museen

Sowjetrußland gibt Kunstschätze nicht zurück

Berlin (UP). Die sowjetische Kontrollkommission hat dem Leiter der Museen in der Sowjetzone, Professor Justi (SED) laut einer Meldung des „Informationsdienstes West" mitgeteilt, die von den Sowjetbehörden nach Rußland gebrachten Kunstschätze der Sowjetzone würden als „Beutegut" betrachtet und zurückbehalten. Justi hatte mehrfach versucht, wenigstens die Kunstwerke aus den Dresdener und Berliner Galerien zurückzuerhalten. Er erklärte jetzt, er halte weitere Vorstellungen bei den Sowjetbehörden in dieser Frage für zwecklos.

Äußerst kritische Lage im Iran

Ölfelder von Abadan durch Militär besetzt

Teheran (UP). Einheiten der iranischen Armee haben gemeinsam mit Panzerverbänden die unter britischer Verwaltung stehenden Ölfelder von Abadan besetzt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

General Ali Gaizan, der Stabschef der iranischen Armee, teilte mit, daß die Truppen Herr der Lage und die Arbeiter an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt seien. In der Zwischenzeit treffen jedoch aus anderen südiranischen Gebieten Berichte ein, die von einer zunehmenden Unruhe unter den in diesem Gebiet seßhaften mächtigen Stämmen sprechen.

Etwa 10 000 Iraner demonstrierten in Teheran gegen die Anglo-Iranische Ölgesellschaft. Die Demonstration wurde von der kommunistisch beeinflußten „nationalen Bewegung gegen die Anglo-Iranische Ölgesellschaft" veranstaltet. Die Polizei mußte den andrängenden Massen weichen.

Der iranische Premierminister Hussein Ala, stellte im Verlauf einer Sondersitzung des iranischen Parlaments die Vertrauensfrage. Er forderte die Abgeordneten auf, die Regierung bei ihren Bemühungen, den Aufruhr und die Bedrohung des öffentlichen Lebens im Iran zu beenden, voll zu unterstützen.

Der Sprecher der Opposition, Reza Ashtianizadeh erklärte, Ala habe verfassungswidrig das Standrecht verhängt und diene den Interessen der Anglo-Iranischen Erdölgesellschaft. Er forderte den Rücktritt des Premierministers.

Englands Außenminister droht

London (UP). Der britische Außenminister Morrison sagte im Unterhaus, Großbritannien werde nicht tatenlos zusehen, wenn die Engländer in den iranischen Ölgebieten in Lebensgefahr geraten. Eine Frage, ob britische Kriegsschiffe in iranischen Gewässern eingetroffen sind oder sich dorthin unterwegs befinden, wollte Morrison nicht beantworten. Diese Angelegenheit, sagte er, werde gegenwärtig noch geprüft. Eine Landung britischer Truppen im Iran könnte einen Vertragsfall für das iranisch-sowjetische Abkommen von 1921 schaffen, nach dem die Sowjetunion das Recht hat, Truppen in den Iran zu schicken, wenn dieses Land von einer dritten Macht bedroht ist.

*

Eine britische protestantische Vereinigung gab bekannt, daß sie den Besuch Prinzessin Elizabeths bei Papst Pius XII., der am Freitag erfolgte, „tief bedauere". Der Sekretär der „Protestantischen Allianz" gab zwar zu, daß ein Zusammentreffen zwischen dem Papst und der Prinzessin vielleicht aus Gründen „diplomatischer Höflichkeit" ratsam gewesen sei. Er halte es aber für passender, wenn der Papst die Prinzessin aufsuche und nicht die Prinzessin den Papst.

Der in der Ruine der Arbroath-Abtei in Schottland gefundene historische schottische Krönungsstein wurde unter starker Polizeibewachung nach London gebracht.

Clement Davies, der Führer der britischen Liberalen, sagte in einer Rede in Newcastle, ein Zusammentreffen Stalins mit den Führern der drei westlichen Großmächte sei eine „Hoffnung für eine friedliche Regelung auf der ganzen Welt".

Wie aus einer schriftlichen Antwort des britischen Versorgungsministers George Strauß auf eine Anfrage im Unterhaus hervorgeht, hat die britische Regierung beschlossen, den Stahlexport und die Stahllieferungen an den Inlandsmarkt einzuschränken.

Tschechei produziert neue Waffen

Neue Reinigungswelle in der Prager Regierung

Berlin (UP). Die Tschechoslowakei habe damit begonnen, einen verbesserten und in der Panzerung stärkeren sowjetischen T-34 Tank herauszubringen und einen eigenen Düsenjäger von der Type Mig-15 zu produzieren, berichtet ein tschechischer Deserteur, der vor einigen Tagen in Berlin ankam. Zahlreiche Betriebe in der Tschechoslowakei seien auf Kriegsproduktion umgestellt worden; Gebrauchsgegenstände wie Löffel, Messer usw. seien kaum zu erhalten.

Die Jahrgänge 1929, 1930 und 1931, die für schwere Artillerie, Panzertruppen, Fallschirmjäger und Luftstreitkräfte gemustert wurden und erst im Oktober eingezogen werden sollten, sind nach dieser Darstellung bereits im April aufgerufen worden. Auch Reservisten wurden einberufen, wodurch die Stärke der Einheiten etwa 60 bis 70 Prozent über dem normalen Stand liegen soll. Die tschechische Armee sei nach sowjetischem Vorbild aufgebaut und jede größere Einheit werde von einem sowjetischen Offizier — mindestens im Range eines Majors — befehligt. Sowjetmarschall Konjew, der Verteidiger Moskaus und ehemalige Generalstabschef der Roten Armee, soll sein Hauptquartier mit einem großen Stab vor sechs Wochen in Karlsbad bezogen haben.

Die Angaben des tschechischen Deserteurs werden von unterrichteten Kreisen als glaubwürdig bezeichnet. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Panzer-Fabrikation die bisher größte Produktion von Kriegsmaterial in der Tschechoslowakei darstelle, und daß dieses Land jetzt das Hauptarsenal für die Sowjetunion darstelle.

Der Schwiegersohn des britischen Verlegers Lord Layton, Pavel Eisler, soll seines Postens als Chef der Präsidialkanzlei Gottwalds enthoben und aufgefordert worden sein, Prag zu verlassen. Weiterhin verlautet, daß der stellvertretende Justizminister Dr. Heraf seines Postens enthoben und durch den früheren Chef des „Volksgerichtshof"-Systems Dr. Klotz ersetzt worden sei. Klotz ist für die Exekution und die Verhängung hoher Freiheitsstrafen gegen „Spione, Verräter und Staatsverschwörer" in der Zeit nach der Machtübernahme durch die Kommunisten im Jahre 1948 verantwortlich.

Paris schließt Tschecheninstitute

Vertrauensabstimmung erst am Dienstag

Paris (UP). Die französische Regierung hat beschlossen, das tschechoslowakische Konsulat in Algier und das tschechoslowakische Masaryk-Institut in Paris zu schließen. Es handelt sich dabei um Gegenmaßnahmen gegen die Auflösung des französischen Konsulats in Pressburg und des „Ernest-Denis-Instituts" in Prag durch die tschechoslowakische Regierung.

Ministerpräsident Queuille verlangte in der Nationalversammlung, daß zwölf Interpellationen zu der Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner Regierung auf unbestimmte Zeit zurückgestellt werden. Er ließ durchblicken, daß er eine zustimmend ausfallende Abstimmung als eine Billigung seines Programms, durch das 50 Milliarden Francs durch neue Steuern und andere Maßnahmen aufgebracht werden sollen, ansehen wird. Die Abstimmung soll am Dienstag nachmittag durchgeführt werden. Um die Regierung Queuille zu stürzen, benötigt die Opposition die absolute Mehrheit von insgesamt 311 Stimmen. Queuille selber muß nur die einfache Mehrheit erreichen, um sich durchzusetzen.

Die Freitagssitzung der Außenminister-Stellvertreter in Paris stand wiederum im Zeichen des Versuchs der westlichen Delegierten, Gromyko zu einer exakten Formulierung des Tagesordnungvorschlags seiner Regierung zu zwingen. Wie schon in den vorausgegangenen Sitzungen entzog sich Gromyko diesen Bemühungen und hielt wiederum eine anderthalb Stunden dauernde Rede gegen den Westen.

Der Stromboli-Vulkan ist nach zweitägiger Eruptionstätigkeit wieder zur Ruhe gekommen. Für die 2000 Einwohner der Insel besteht keine Gefahr mehr.

Friedensvertrag ohne Peking

Senator Vandenberg schwer erkrankt

Washington (UP). Die Vereinigten Staaten lehnten einen britischen Vorschlag ab, nach dem das kommunistische China bei der Abfassung eines japanischen Friedensvertrages teilnehmen sollte.

Das amerikanische Repräsentantenhaus lehnte mit 112 gegen 62 Stimmen einen republikanischen Antrag ab, wonach keine Truppen nach überseeischen Gebieten abgestellt werden sollen, wo der Oberbefehlshaber — wie in Korea — keine Vollmachten besitzt, nach eigenem Ermessen gegnerische Ziele mit Bomben zu belegen. Der Antrag wurde von dem republikanischen Abgeordneten Paul Shafer als Zusatz zu dem Gesetzentwurf über die allgemeine Wehrpflicht eingebracht.

Ein überraschend ausgegebenes Bulletin teilte mit, daß der Gesundheitszustand des 67jährigen Senators Arthur Vandenberg in zunehmendem Maße besorgniserregend sei.

Der Sicherheitsrat der UN hat einen vorläufigen Beschluß gefaßt, demzufolge er am kommenden Dienstag zusammentreten will, um über den Streit zwischen Syrien und Israel zu beraten. Es ist aber nicht zu erwarten, daß der Sicherheitsrat definitive Maßnahmen beschließen wird. Er dürfte vielmehr die gemischte Waffenstillstandskommission anweisen, die Lage zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten.

DP's erschwindelten 275 000 DM

Bayern entnazifiziert noch immer

München (UP). Der erste Prozeß gegen zwei Polen, die sich durch Vorlage falscher DP-Aufenthaltsbescheinigungen bei den Landesentschädigungsämtern in Stuttgart und München insgesamt 275 000 DM erschwindelt haben sollen, wird Anfang Juni vor dem Distriktgericht in München stattfinden. Der Angeklagte Kowalski soll in Stuttgart 40 DP-Aufenthaltsbescheinungen vorgelegt und diesen Betrag ausgezahlt bekommen haben. Ferner soll er mit einem Komplicen versucht haben, mit 65 gefälschten Anträgen auf Wiedergutmachungsgelder beim Landesentschädigungsamt in Württemberg-Baden weitere 380 000 DM zu ergaunern.

Die Entnazifizierung in Bayern ist noch lange nicht abgeschlossen, teilte die Abwicklungsstelle des bayerischen Sonderministeriums mit. 100 Beamte seien gegenwärtig noch damit beschäftigt, die monatlich bei der Hauptkammer einlaufenden 2000 neuen Meldebogen zu sichten. Seit 1945 sind für die Entnazifizierung in Bayern 6 842 039 Meldebogen eingelaufen.

Lafontaine bestreitet alles

Vernehmung im Frankfurter Kripoprozeß

Frankfurt (UP). Im Frankfurter Kripoprozeß bestritt der angeklagte Rechtsanwalt Dr. Lafontaine jegliche Schuld und bezeichnete Belastungsaussagen als unwahr. Lafontaine, der zum ersten Male gerhört wurde, sagte aus, daß er ständig zusammen mit hohen Polizeioffizieren und Vorstandsmitgliedern Frankfurter Sportvereine in der Gaststätte „Pulverkopf" des Mitangeklagten Hans Otto verkehrt habe, und mit diesem auch befreundet sei. Lafontaine behauptete, die „Beschlagnahme" des Transitlastzuges mit 1,4 Millionen Zigaretten sei überhaupt nicht erfolgt.

Im Kreuzverhör der Verteidiger Dr. Lafontaines hatte der ehemalige Kriminalassistent Fuchs ausgesagt, daß der Angeklagte am Tage der Verhaftung des Kriminalassistenten Henkel, im Zusammenhang mit der widerrechtlichen Beschlagnahme eines Schmuggeltransportes mit 1,4 Millionen Zigaretten, erklärt habe: „Wenn Henkel spricht, dann ist für uns der Ofen aus". Der Mitangeklagte frühere Kriminalsekretär Schnitzler gab an, daß er anläßlich des ersten Haftüberprüfungstermins für Dr. Lafontaine von dem angeklagten Gastwirt Hans Otto und dem beim amerikanischen Gericht tätigen Holländer Hendrik de Kloe aufgefordert wurde, alle Aussagen zu ändern, um Dr. Lafontaine aus der Haft herauszubekommen.

Der gestohlene Marshallplan

„Der als Vater des Marshallplanes in die jüngste Geschichte eingegangene amerikanische Verteidigungsminister George Marshall ist keineswegs der Schöpfer und Initiator dieses Programmes". Dieser Meinung ist der italienische Professor Umberto di Cristofalo, weshalb er die USA und die 17 Marshallplan-Länder auf 10 Milliarden Lire (67 200 000 DM) Schadenersatz verklagt. „Nicht Marshall, sondern ich habe diesen Plan schon vor 15 Jahren erfunden und ihn 1945 angesichts der neuen Situation umgearbeitet. Der Marshallplan und das ERP sind weiter nichts als Plagiate und Nachahmungen meines Planes".

Kultur

Wechsel im Verwaltungsrat des Südwestfunks

Der Verwaltungsrat des Südwestfunks hat den Verlagsleiter Dr. Josef Knecht aus Freiburg zu seinem ersten Vorsitzenden gewählt. Stellvertretender Vorsitzender wurde Chefredakteur Peter Jakobs aus Trier, Mitglied des Bundes- und des Landtages. Der Verwaltungsrat und der Intendant des Südwestfunks sprachen dem Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Ritterspacher, der auf eigenen Wunsch aus dem Aufsichtsorgan ausschied, ihren Dank aus.

Abraxas-Tournee gescheitert

Das Abraxas-Ballett von Werner Egk in der Inszenierung der Hamburger Ballett-Theater-Kompanie ging jetzt in Marburg zum letzten Mal über die Bühne. Ein Teil der Mitwirkenden reiste noch in der Nacht in ihre Heimatorte zurück. Das Ensemble hatte bereits seit dem 1. April keine Gage, sondern lediglich Tagesgeld erhalten. Das Ballett spielte fast in allen deutschen Großstädten vor ausverkauften Häusern und erhielt erst vor wenigen Tagen Einladungen zu Gastspielreisen nach Holland und Spanien. Die Auflösung wird nach Ansicht verschiedener Künstler demnächst noch ein gerichtliches Nachspiel haben. „Die Leute, die uns zu Anfang finanzierten, haben ihr Geld reichlich zurückverdient. Nun sind sie nicht mehr interessiert", erklärten Künstler des Balletts.

Dr. Paul Wolff gestorben

Der international bekannte deutsche „Leica"-Photograph Dr. Paul Wolff erlitt in Frankfurt einen Schlaganfall und starb. Wolff ist 64 Jahre alt geworden.

Wettervorhersage

Am Samstag wechselnd bewölkt mit vereinzelten Schauern, wieder etwas kälter, Tageshöchsttemperaturen um zehn Grad. Mäßige Winde aus Südwest bis West. Am Sonntag veränderliche Bewölkung und noch einzelne leichte Schauer. Nur wenig wärmer.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ende des „schwäbischen Hausstreits?"

Abschließende Erklärungen von Dr. Maier und Gerstenmaier zu erwarten

Frankfurt (epd). Zu der Kontroverse des württembergischen Ministerpräsidenten Maier gegen den Leiter des Evangelischen Hilfswerks, Dr. Gerstenmaier, seien in der kommenden Woche abschließende Erklärungen von beiden Seiten zu erwarten, kündigte der stellvertretende Leiter des Stuttgarter Zentralbüros des Hilfswerks, Dr. theol. Krimm, auf einer diakonischen Arbeitstagung in Frankfurt an. Er gab ferner bekannt, daß die von der Zeitschrift „Der Spiegel" zu dieser Angelegenheit veröffentlichten Behauptungen zurückgenommen und der dafür verantwortliche Redakteur entlassen worden sei. Damit werde endlich ein Schlußstrich unter den „schwäbischen Hausstreit" gezogen.

Hirn und Richter vor dem Bürkle-Ausschuß

Stuttgart (lwb). Der ehemalige stellvertretende Direktor der Stuttgarter Spar- und Girokasse, Richter, bestritt vor dem Untersuchungsausschuß des Landtags, eigenmächtig ohne Billigung des Kreditausschusses Kredite an Bürkle gewährt zu haben. Von Februar 1949 an habe er sich überhaupt von der ganzen Affäre ferngehalten. Er habe sich vor allem auf den — inzwischen verstorbenen — Direktor Wolf verlassen, der als Experte auf diesem Gebiet gegolten habe. Auf eine entsprechende Frage gab Richter zu, daß er einen Teil der Abschlußprovision für eine Lebensversicherung Bürkles über 900 000 DM in Höhe von 6000 DM erhalten habe. Die Vernehmung des Bürgermeisters Hirn ergab keine wesentlich neuen Momente.

Besuch französischer Journalisten

Mainz (ld). 15 französische Journalisten wurden von den Ländern Rheinland-Pfalz, Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Bayern zu einer 14tägigen Studienreise durch die südwestdeutschen Länder der Bundesrepublik eingeladen. Die Reise, die am 26. Mai in Trier beginnen wird, führt über Koblenz, Mainz, Heidelberg, Stuttgart und Tübingen nach München. Unter den französischen Journalisten befinden sich der Informationsminister M. Gazier und seine Gattin, die als Presse-Attaché im Informationsministerium tätig ist, sowie Mme. de Kerguelen von der Verbindungsstelle des französischen Ministerpräsidenten zur Auslandspresse und andere namhafte Vertreter führender französischer Zeitungen von Paris und der Provinz.

Wildermuth zum Wohnungsbau-Programm

Koblenz (ldn). Wohnungsbauminister Wildermuth kündigte in einer FDP-Wahlversammlung in Koblenz an, daß auch in diesem Jahr wieder 350 000 Wohnungen gebaut werden. Der schwierigste Engpaß seien dabei die Kohlen, doch habe immerhin schon erreicht werden können, daß die Differenz aus dem Plansoll von 376 000 Tonnen und der tatsächlichen Förderung von 410 000 Tonnen für die Industrie der Steine und Erden bereitgestellt wird.

Der Bundesminister wies darauf hin, daß auch die Alliierten bauen müssen. Dazu sollten sie aber selbst die nötige Kohle bereitstellen.

Beim Denken schrumpfen die Fingerspitzen

Interessante Entdeckungen amerikanischer Ärzte — Messungen des Blutflusses

Weißt Du, lieber Leser, was ein Pneumo-Plethysmograph ist? Wohl kaum, auch wenn Du noch so scharf über dieses Wortungetüm nachgrübelst. Aber etwas anderes, was Du wahrscheinlich ebensowenig bemerkst, ist die Folge des Nachdenkens. Während Du diese Zeilen liest, sind nämlich Deine Finger und Zehen ein ganz klein wenig eingeschrumpft.

Du glaubst dies wohl nicht. Aber Deine Zeitung treibt mit Dir gewiß keine unpassenden Scherze. Zwei amerikanische Professoren, Dr. Travis Windsor von der Universität von Southern California und Dr. Georg Burch von der Tulane Universität, haben nämlich die sensationelle Entdeckung gemacht, daß bei scharfem Nachdenken mehr Blut als normal dem Gehirn zuströmt, weshalb in den äußersten Extremitäten, also in den Finger- und Zehenspitzen, ein Rückgang des Blutdrucks eintritt.

Diese Größenveränderung der Finger, die übrigens auch schon bei heftigem Atmen, bei Erschrecken und plötzlichen Gefühlsaufwallungen festzustellen ist, wird von den beiden Professoren schon seit einigen Jahren laufend bei zahlreichen Personen geprüft. Zu diesem Zweck werden ihnen Fingerhüte aus Werkstoff übergestülpt, von denen Drähte zu einem Gerät laufen, das äußerlich wie ein Rundfunkapparat aussieht und auch in der Tat ähnlich wie jener funktioniert. Findet in den Fingerkuppen ein stärkerer Blutzustrom statt, dann wird aus den Fingerhüten etwas Luft verdrängt, deren Volumen mit Hilfe elektrischer Impulse meßbar ist, wie selbstverständlich auch beim umgekehrten Vorgang, wenn durch Schrumpfen der Finger Luft in den Fingerhut gesogen wird. Desgleichen können mit diesem Gerät die Hauttemperatur und die Schweißabsonderung kontrolliert werden.

Der praktische Nutzen dieser Erfindung ist verblüffend groß. Der Pneumo-Plethysmograph registriert zum Beispiel absolut zuverlässig, ob einem Glied ausreichend Blut zugeführt wird. Er dient nicht nur zur Prüfung der Struktur der Blutgefäße, sondern mit seiner Hilfe kann auch beobachtet werden, wie gewisse Medikamente bei einem Patienten wirken, falls sie Einfluß auf die Blutzirkulation haben. Bei Erkrankungen von Gliedmaßen benutzte Professor Windsor auch mit Erfolg dieses Gerät zur Feststellung, ob eine Durchschneidung des Nervus Sympathicus genügt, oder eine Amputation notwendig ist.

Und endlich kann mit dem Pneumo-Plethysmograph auch die Wirkung von Giften im menschlichen Körper ermittelt werden. Alkohol zum Beispiel beschleunigt den Blutkreislauf, indes Tabak ihn verlangsamt. Bei gleichzeitigem Genuß beider Gifte erweist sich der Tabak als das stärkere. Ebenso können mit diesem Instrument Verkalkungen der Aorta, der großen Schlagader, und sonstige Blutkreislaufstörungen frühzeitig diagnostiziert werden.

An seine Erfindung knüpft Professor Windsor aber auch noch eine andere Hoffnung: er will sie bei der Heilung von Geisteskrankheiten ausnutzen. Da Erschütterungen im Gefühlsleben ebenfalls durch Veränderungen des Blutdrucks in gewissem Sinne meßbar sind, kann durch den Pneumo-Plethysmograph registriert werden, in welcher Weise ein Patient auf bestimmte optische und akustische Einwirkungen reagiert. Die Ausnutzung solcher Reaktionen, die sich bis zur Anwendung von Schocks steigern können, spielt bekanntlich in der medizinischen Wissenschaft schon seit einiger Zeit eine Rolle.

Ob der Pneumo-Plethysmograph jedoch all das hält, was seine Erfinder versprechen, muß erst abgewartet werden. Aber so viel dürfte doch schon klar sein, daß er dem Arzt manche nützlichen Dienste zu leisten vermag. Fk

AUS DEM WIRTSCHAFTSLEBEN

Brotpreiserhöhungen in zwei Stufen

Wirtschaftsministerium klärt auf

Das württemberg-badische Wirtschaftsministerium weist darauf hin, daß es sich bei den Vorgängen der letzten Wochen grundsätzlich um eine einmalige Brotpreiserhöhung handele, die sich bei einigen Brotsorten jedoch in zwei Stufen vollziehe. Dies hänge damit zusammen, daß die Preise der nicht preisgebundenen Mehltypen sofort mit der Verteuerung des Inlandsgetreides, die Preise der preisgebundenen Brotmehltypen dagegen erst mit der später eingetretenen Erhöhung der Abgabepreise für ausländisches Brotgetreide gestiegen seien. Dadurch sei beispielsweise der Preis für das Weißbrot, das ausschließlich aus nicht preisgebundenen Mehlen hergestellt werde, sofort zu der gegenwärtigen Höhe angestiegen, während sich der Preis bei Brotsorten, die aus preisgebundenen und preisfreien Mehltypen hergestellt werden, (z. B. Halbweißes- und Schwarzbrot) in zwei Stufen erhöht habe. Das Wirtschaftsministerium prüfe zur Zeit, ob die von den einzelnen Betrieben vorgenommenen Preiserhöhungen berechtigt sind. Daß das Konsumbrot in ausreichender Menge und zum unveränderten Preis von 49 Pfennig feilgeboten werden muß, wird von dem Ministerium nachdrücklich betont.

Jedes zweite Musikinstrument exportiert

In Württemberg-Hohenzollern hatte im Februar die Gruppe Musikinstrumente, Spielwaren usw. die größte Exportquote. Von ihren 1,3 Millionen DM Gesamtumsatz entfiel mehr als die Hälfte, nämlich 57 Prozent, auf den Export. An zweiter Stelle lagen medizinmechanische Erzeugnisse, die von 3 Millionen DM Gesamtumsatz 56 Prozent ins Ausland verkauften. Die Uhren-Industrie exportierte 32 Prozent ihres Gesamtumsatzes von 9,4 Millionen DM.

Landesbauerntag am 19. Mai in Reutlingen

Der Landesbauernverband für Württemberg-Hohenzollern veranstaltet seine Jahreshauptversammlung am 19. Mai — nicht, wie ursprünglich vorgesehen war, am 7. Mai — in Reutlingen. Nachmittags findet in der Listhalle eine Bauernkundgebung statt. Es sprechen voraussichtlich Staatssekretär Dr. Sonnemann vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die westdeutsche Agrarpolitik sowie Dr. Kramer, der Leiter des Instituts für landwirtschaftliche Betriebslehre in Berlin-Dahlem, über die ostdeutsche Landwirtschaft.

Aus der württembergischen Pferdezucht

Bei den württembergischen Pferdezuchtverbänden sind 3286 Warmblut- und 3958 Kaltblutstuten eingetragen. Ein Landesverband ländlicher Reit- und Fahrvereine soll am 5. Mai in einer Versammlung in Marbach gegründet werden.

Tagung des weiblichen Bekleidungshandwerks

Der Landesinnungsverband Südbaden des weiblichen Bekleidungshandwerks veranstaltet am 21. und 22. April in Gengenbach seine Jahreshauptversammlung, verbunden mit einer Leistungsschau sowie mit einer Ausstellung der Wäscheschneider-, Weber- und Strickerinnnungen. Auch die Trachtenschneiderinnen nehmen an der Versammlung teil, zu der die Vorsitzende des Hauptverbandes des deutschen Damenschneiderhandwerks, Frau Paula Frederichsen, Hamburg, erwartet wird.

Sport-Rundschau

Engländer wollen NSU-Rekorde angreifen

Reginald Dearden, ein Motorradhändler aus Manchester, wird innerhalb der nächsten 6 Wochen mit einer Mannschaft von Fahrern und Mechanikern und mehreren Spezialmotorrädern nach Deutschland reisen, um die dieser Tage von Wilhelm Herz und Hermann Böhm auf der Autobahn bei München aufgestellten Motorrad-Weltrekorde anzugreifen. Dearden wird eine 1000-ccm-Vincent-H.R.D.-Maschine vom Typ „Schwarzer Blitz" fahren. Eine Maschine des gleichen Typs, die vom Europameister der 500-ccm-Seitenwagenklasse in den Jahren 1949 und 1950 — Eric Oliver — gesteuert werden soll, wird die von Böhm aufgestellten Weltrekorde für Motorräder mit Seitenwagen angreifen. Wie die britische Fachpresse berichtete, soll der von Dearden verwendete Motor auf dem Prüfstand eine Leistung von etwa 130 PS abgegeben haben.

Lipponer führt den Sturm in Karlsruhe

Anstelle von Horst Schade wird Paul Lipponer den Sturm der deutschen B-Länderelf in Karlsruhe führen. Auf den übrigen Mannschaftsposten gab es keine Änderung, so daß die deutsche B-Mannschaft der Schweizer B-Vertretung in folgender Besetzung gegenübersteht: Rado (FSV Frankfurt) — Retter (VfB Stuttgart), Knoll (1. FC Nürnberg) — Haferkampf (VfL Osnabrück), Matzkowski (Schalke 04), Trenkel (VfB Mühlburg) — Kaufhold, Schreiner (beide Kickers Offenbach), Lipponer (SV Waldhof), Buhtz (VfB Mühlburg), Blessing (VfB Stuttgart). Als Ersatzleute stehen zur Verfügung: Süßmann (Schwaben Augsburg), Juskowiak (SSV Wuppertal), Graf (1. FC Köln) und Oles (ASV Durlach).

VfL Schwenningen — Studentenelf 3:2 (0:1)

Zu ihrem letzten „Probegalopp" vor ihrem Länderspiel gegen die Schweizer Studentenelf trat die deutsche Studentenmannschaft in Schwenningen gegen den dortigen VfL (1. württembergische Amateurliga) an. Im Schießen ließen die Studentenstürmer viele Wünsche offen

Badens Jugendauswahl gegen die Pfalz

Die badische Jugendauswahl, die das Vorspiel zum Fußball-Länderkampf Deutschland B — Schweiz B bestreitet, wurde vom Kreisjugendausschuß wie folgt aufgestellt: Kunzmann (VfB Mühlburg) — Siebeck (Eberbach), Holzapfel (07 Mannheim) — Eby (VfB Mühlburg), Mayer (FV Daxlanden), Rupp (VfR Mannheim) — Herlan (VfB Mühlburg), Maier (Waldhof), Schwall (Daxlanden), Knobloch (Daxlanden), Kimmig (Südstern Karlsruhe).

Herz brach Hennes Rekorde

Unser Bild zeigt Ernst Henne, dessen Weltrekorde kurze Zeit später von seinem Gesprächspartner Wilhelm Herz (rechts) gebrochen wurden

AUS DER CHRISTLICHEN WELT

Konsequenzen des neuen Hilfswerksgesetzes

Zur Frage der Auswirkungen des auf der Hamburger Synode beschlossenen neuen Gesetzes über das Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland war zu erfahren, daß eventuelle personelle Veränderungen in der Leitung des Hilfswerks erst im Laufe des Sommers spruchreif werden dürften. Das Gesetz tritt laut Synodalbeschluß erst am 1. Oktober 1951 in Kraft. Dieser Termin wurde gewählt, weil die in diesem Gesetz vorgesehene Ausgliederung der wirtschaftlichen Unternehmungen des Hilfswerks eine längere Übergangsfrist erfordert.

Bei den auszugliedernden wirtschaftlichen Unternehmungen handelt es sich u. a. um das Evangelische Verlagswerk, Stuttgart, bei dem die Wochenzeitung „Christ und Welt" erscheint, die Veredlungswirtschaft GmbH., die Matthias-Film GmbH., die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Evangelischen Hilfswerks der EKD m. b. H. und die Sozialwerke-Gesellschaft für Wohnung und Hausrat m. b. H. Lediglich die Gesellschaftsanteile der Veredlungswirtschaft GmbH. befinden sich ausnahmslos in den Händen des Hilfswerks, während die anderen Gesellschaften auch außerhalb des Hilfswerks stehende Gesellschafter haben. Über die Ausführung des Hilfswerksgesetzes im einzelnen wird der Verwaltungsrat des Hilfswerks zu beschließen haben, mit dessen Zusammentreten in absehbarer Zeit zu rechnen ist. Hierbei wird sich auch ergeben, ob der bisherige Leiter des Hilfswerkes, Dr. Gerstenmaier, sich bereit findet, die begrenzteren Aufgaben eines Leiters des Zentralbüros weiterhin wahrzunehmen.

Die Kirche der Laien östlich der Neiße

Die schlesische Kirche östlich der Neiße habe von ihren mehr als 200 Pfarrern bis auf 2 alle verloren, berichtete der in Görlitz amtierende Bischof der schlesischen Kirche, Hornig, vor einer großen Flüchtlingsgemeinde in Bochum. Bewundernswert sei der starke Einsatz kirchlicher Laienkräfte, die nach ihrer schweren Berufsarbeit als Steiger, Werkmeister oder Ingenieure sonntags Gottesdienst hielten und Amtshandlungen vornähmen. Auch in der Versorgung von Altersheimen und Hilfswerken für Arme und Kranke zeige sich eine große Opferfreudigkeit der Laien.

Besuch des Berliner Kirchentages

Um die Teilnahme am Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin vom 11. bis 15. Juli vielen Besuchern möglich zu machen, hat sich der vorbereitende Ortsausschuß entschlossen, den Tagungsbeitrag für die gesamte fünftägige Veranstaltung auf zusammen 7 DM festzusetzen. Hierin sind enthalten: Quartier mit Frühstück, täglich ein Mittagessen, die Teilnahme an allen Veranstaltungen und eine umfangreiche Programmappe. Besondere Fahrpreisermäßigungen auf den städtischen öffentlichen Verkehrsmitteln sollen den Aufenthalt in Berlin weiter verbilligen. Auswärtige Besucher können mit einer Fahrpreisermäßigung zwischen 33⅓ Prozent und 50 Prozent für die Sonderzüge der Bundesbahn rechnen. Die Fluggesellschaften wollen ihre ermäßigten Hin- und Rückflugkarten nach Berlin um weitere 10 Prozent senken, soweit es sich um vorbestellte Gesellschaftsfahrten handelt.

Sektenparadies Südafrika

Nach einer Mitteilung des Eingeborenenministeriums der Südafrikanischen Union gibt es neben 81 von der Regierung anerkannten Eingeborenenkirchen noch 1258 weitere Sekten, die nicht anerkannt sind. Die Frage der Anerkennung dieser Gruppen soll von den Bezirks-Christenräten geprüft werden.

Neun Millionen Methodisten in den USA

Die Methodistenkirche in den USA hat jetzt die 9 Millionengrenze überschritten. Das Wachstum der Kirche im vergangenen Jahr betrug 1,6 Prozent.

Die nördlichste Kirche der Welt

In der grönländischen Siedlung Siorapaluk, die etwa auf dem 80. Breitengrad liegt, wurde die nördlichste Kirche der Welt eingeweiht. Die Gemeinde besteht nur aus 50 Eskimos und wird von einem dänischen Pfarrer betreut. Für die kirchliche Arbeit unter den Eskimos steht eine ins Grönländische übersetzte Bibel zur Verfügung.

250 Jahre päpstliche Diplomatenschule

Die päpstliche Diplomatenschule, die „Pontificia Academia Ecclesiastica", begeht am 25. 4. die Feier ihres 250jährigen Bestehens. Die Schule dient der Ausbildung der Diplomaten des Vatikans. Die Studenten müssen das Doktorat des kanonischen Rechts erworben haben und arbeiten im zweiten Jahr bereits im Staatssekretariat des Vatikans. Die Akademie liegt in Rom an der Piazza Minerva am Pantheon. Der Leiter der Schule, Monsignore Paolo Savino, erklärte, daß Unterstaatssekretär Monsignore Giovanni Battista Montini, die Gedenkrede halten werde. Das diplomatische Korps werde an der Feier teilnehmen.

Jugendpilgerfahrt nach Rom

Anläßlich der Seligsprechung Papst Pius X. führt Hans Altenberg vom 28. Mai bis 6. Juni eine Pilgerfahrt nach Rom für Mitglieder des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend durch. Die zehntägige Fahrt, an der sich auch eine geringe Zahl von Nichtmitgliedern des Bundes Deutscher Katholischer Jugend beteiligen kann, kostet ab Köln 201 DM. Zusteigemöglichkeiten sind in Koblenz, Mainz, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Weil. Anmeldungen sind an Hans Altenberg, Pilgerbüro, zu richten.

Seligsprechung eines Franziskaners

Der Vatikan teilte mit, daß die Seligsprechung des italienischen Franziskanermönchs Antonio Fasani am Sonntag den 15. April in der St. Petersbasilika stattfinden wird. Papst Pius XII. wird sich am Sonntagnachmittag in die Basilika begeben, um den neuen Seligen zu verehren. Der neue Selige ist ein Angehöriger des Ordens der Franziskaner-Minoriten, der im 18. Jahrhundert in Lucera bei Foggia lebte. Er betreute dort die Armen, die Gefangenen und Verbrecher, die hingerichtet werden sollten. Er zeichnete sich durch asketisches Leben, apostolischen Eifer und religiöse Kontemplation besonders aus.

Werkwoche für Kirchenbau

Über 100 Kirchenbauherren und Architekten aus ganz Deutschland hatten der Einladung des Liturgischen Instituts und der Leitung der Burg Rothenfels zu einer Werkwoche für Kirchenbau und Kirchenausstattung auf Burg Rothenfels Folge geleistet. Von den Vertretern der Liturgischen Bewegung wurden die Aufgaben für die Erstellung des Raumes um die das Vermächtnis des Herrn feiernde Gemeinde aufgezeigt. Der Leiter des Liturgischen Instituts, Dr. Johannes Wagner (Trier) gab interessante Aufschlüsse über die Geschichte des Gottesdienstes und die mehrfachen Wandlungen der Bedeutung des Altars im gottesdienstlichen Gebrauch.

Architekt Stefann (Mehlem) setzte sich für einen Kirchenbau mit den Mitteln unserer Zeit ein. Lektor Müller-Erb (Ellwangen) wies auf die Bedeutung der Werkhalle als die von der Gegenwart angebotene Form des Kirchenbaues hin, die auch die größte Anziehungskraft auf die „an den Zäunen Stehenden" ausübe. Professor Dr. Bauer (Basel) unterstrich den Vorrang der Form gegenüber der Technik.

Zweiteilung der Gewalt

Die Kirche habe sich in den großen Erschütterungen der jüngsten Vergangenheit als Bollwerk der Freiheit erwiesen und sei es auch heute noch dort, wo der Staat die ganze Macht an sich zu reißen suche, erklärte Kardinal Frings in einem feierlichen Gottesdienst im Kölner Dom anläßlich des Zentenariums der Kölner Friseurinnung. Wie Christus, so befürworte auch die Kirche die Zweiteilung der Gewalt. Sie predige den Gehorsam vor der irdischen Gewalt und es liege ihr fern, die leitende Gewalt im Staat an sich zu reißen. Das heiße aber nicht, daß die Kirche sich jedes Einflusses begeben wolle.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg